

Deutschland 2017 –

Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der
Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland

Executive Summary

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Vorgelegt von: ifo Zentrum für Arbeitsmarkt und
Bevölkerungsökonomik

Helmut Rainer

Clara Albrecht

Stefan Bauernschuster

Victoria Endl-Geyer

Anita Fichtl

Timo Hener

Joachim Ragnitz

Deutschland 2017 -

Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der
Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Autoren

Prof. Helmut Rainer, Ph.D

Clara Albrecht

Prof. Dr. Stefan Bauernschuster

Anita Fichtl

Dr. Timo Hener

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

Mai 2018

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie die Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Kontakt:

ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik
Poschingerstraße 5
81679 München

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Soziale Sphäre	4
2.1	Freizeit	4
2.2	Vertrauen und sozialer Zusammenhalt.....	5
2.3	Ursachenanalyse.....	6
2.4	Fazit	6
3	Politische Sphäre	6
3.1	Politisches Interesse und politische Einstellungen	7
3.2	Zufriedenheit, Vertrauen und Stolz.....	7
3.3	Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland	8
3.4	Ursachenanalyse.....	9
3.5	Fazit	9
4	Ökonomische Sphäre	10
4.1	Beurteilung der (eigenen) wirtschaftlichen Lage	11
4.2	Zufriedenheit.....	11
4.3	Subjektive Schichteinstufung.....	11
4.4	Umverteilung und Sozialstaat	11
4.5	Ökonomische Verteilungsgerechtigkeit und Bildungschancen	12
4.6	Ursachenanalyse.....	12
4.7	Fazit	13
5	Familiale Sphäre	13
5.1	Rollenbilder und Berufstätigkeit	14
5.2	Häusliche Aufgabenteilung.....	14
5.3	Stellenwert der Ehe und Familie	15
5.4	Ursachenanalyse.....	15
5.5	Fazit	16
6	Zusammenfassung: Wächst zusammen, was zusammen gehört?	16

1 Einleitung

Die Massenflucht und die Demonstrationen im Sommer und Herbst 1989 kündigten das Ende der damals existierenden DDR an und der darauffolgende Fall der Berliner Mauer besiegelte den Wunsch der Bevölkerung nach einer Wiedervereinigung. Der Staat befand sich 1989/1990 in einem finanziellen Notstand, die Staatsautorität schwand und täglich wanderten tausende Menschen in den Westen aus. Nach der schnellen ökonomischen Vereinigung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 1990 zur "Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" und der politischen Einigung am 3. Oktober 1990 zur Bundesrepublik Deutschland wurde bereits im selben Jahr ein Finanztransfer von insgesamt etwa 60 Mrd. DM durchgeführt. Ohne die finanzielle Hilfe der Bundesrepublik hätte eine immense Verschlechterung der Lebensverhältnisse in der DDR stattgefunden. Hintergrund des Finanztransfers war die Vorstellung, dass sich in möglichst kurzer Zeit die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Ostdeutschland denen in Westdeutschland angleichen würden. Historische Vorbilder, die eine Orientierung für die Transformation einer Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft hätten bieten können, gab es jedoch nicht. Daher wurde die Einführung des westlichen Systems im Osten aus dem Stegreif vollzogen. Die Erwartung, dass die Angleichung von Institutionen und Rechten marktwirtschaftliches Verhalten erzeugen würde, erwies sich jedoch schon bald als naiv. Der anfängliche Aufschwung der DDR ließ seit Mitte der 1990er Jahren stark nach und der Anteil am gesamtdeutschen BIP stagnierte. Der ökonomische Konvergenzrückstand Ostdeutschlands verfestigte sich.

Die Ernüchterung über die Realität überschattete jedoch die Fortschritte in vielen Lebensbereichen in Ostdeutschland verglichen mit der Situation in der DDR. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist beispielsweise von 1991 bis heute um mehr als 100% gestiegen, was beachtlich ist. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich allerdings durch eine effizienter gestaltete Produktion verschlechtert, indem der Bedarf an Arbeitskräften sank und somit die Arbeitslosenquote stieg. Doch kommt die Wahrnehmung der Situation in Ostdeutschland nicht durch den Vergleich der jetzigen Situation in Ostdeutschland mit der in der ehemals existierenden DDR zustande, sondern durch den Vergleich mit den Werten der jeweiligen Größen in Westdeutschland. Viele Größen, wie etwa das BIP pro Kopf oder Löhne, sind im Osten niedriger als im Westen.

Die öffentliche Wahrnehmung von konstanten und sich verfestigenden ökonomischen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland hat mit großer Wahrscheinlichkeit Auswirkungen auf die Einstellungen der Akteure im Land und somit auch auf ihr Verhalten. Daraus resultierende gesamtdeutsche Probleme entstehen dann, wenn das Gefühl (ökonomischer) Benachteiligung auf gesellschaftspolitisch relevante Einstellungen, wie z.B. die Akzeptanz von Personen unterschiedlicher Herkunft, Einfluss nimmt. Ein zentraler Bestandteil der Studie "Deutschland 2017" ist daher die Analyse, inwieweit sich die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland in wirtschaftlichen und politischen Bereichen angeglichen haben oder sich noch unterscheiden (Abschnitte "ökonomische Sphäre" und "politische Sphäre"). Einstellungen können jedoch

auch von politischen Systemen gelenkt werden. So ist der Einfluss einer sozialistisch geprägten Gesellschaft sowie einer Regierung, die sich von der Außenwelt abkapselt und Weltoffenheit und liberale Auffassungen weitestgehend verhindert, nicht zu unterschätzen. Aus diesem Grund wird auch untersucht, ob die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme verschiedene Einstellungen hervorrufen und falls ja, ob sich diese mittlerweile angeglichen haben. Hierzu werden vor allem die Bereiche der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung ("Familiale Sphäre"), Erwartungen an staatliche Interventionen und Einstellungen zu Menschen mit anderer Herkunft oder Meinung ("Politische Sphäre"), und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben als Grundvoraussetzung für die Schaffung von "Sozialkapital" ("Soziale Sphäre") beleuchtet.

Somit werden im Zuge der Studie die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland in vier Bereichen (die soziale, politische, ökonomische und familiale Sphäre) ausführlich beschrieben und nach 27 Jahren Wiedervereinigung auf Konvergenzen und Divergenzen untersucht. Hierbei werden die Ergebnisse der Vorgängerstudie "Deutschland 2014" weiter an den aktuellen Datenrand geführt und zahlreiche weitere Einstellungen mitaufgenommen. Zusätzlich dazu folgt ein weiterer Untersuchungsschritt zur Ergründung der Ursachen derjenigen Einstellungen, die (noch) Unterschiede aufweisen. Es wird erforscht, inwieweit strukturelle Unterschiede, wie die unterschiedliche demographische oder soziale Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung, verantwortlich für Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind. Geprüft wird also, ob die Unterschiede auch dann noch bestehen, wenn alle ost- bzw. westdeutschen Merkmale (wie höheres Haushaltseinkommen im Westen oder höheres Alter und höhere Arbeitslosigkeit im Osten) angeglichen werden. Auch wird dargestellt in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede besonders stark ausgeprägt sind. Die Ergebnisse zeigen, dass auch bei einer Angleichung der ost- und westdeutschen Merkmale die gefundenen Unterschiede in den Einstellungen zwar vermindert würden, aber dennoch erhalten blieben. Zudem bestehen größere Einstellungsunterschiede unter älteren Bürgern, die noch von dem sozialistischen System geprägt sind, als bei jüngeren Befragten. Dies bringt die Erwartung mit sich, dass nicht alle vorhandenen Einstellungsdiskrepanzen zwischen Ost und West auf Dauer fortbestehen werden. Es gibt demnach Anlass zur Annahme, dass die "Mauer in den Köpfen" Schritt für Schritt weiter abgebaut werden wird.

Die Ergebnisse der deskriptiven Untersuchungen und der regressionsanalytisch gestützten Ursachenanalyse der vier Sphären werden zunächst nach Bereichen gegliedert vorgestellt und anschließend in einem Gesamtfazit zusammentragen und gewürdigt, um somit politische Handlungsfelder aufzuzeigen.

2 Soziale Sphäre

Eine Gesellschaft wird durch ihre Akteure geformt, vor allem durch deren zwischenmenschlichen Beziehungen und ihr reziprokes Vertrauen. Das heißt es ist von zentraler Bedeutung, ob sich Bürger in einem Land gegenseitig helfen, sich vertrauen, oder sich ehrenamtlich engagieren. Denn wie Menschen zusammenleben und miteinander umgehen, spielt eine entscheidende Rolle für den Zustand und die zukünftige Entwicklung einer Gesellschaft. Auch das Vertrauen in Institutionen ist essentiell, da nur so die Stabilität eines Systems sichergestellt werden kann. Je besser Beziehungen und Vertrauen ausgereift sind, desto höher ist das sogenannte Sozialkapital. Dieses kann genutzt werden, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sind Bürger hingegen gekennzeichnet durch ein niedriges Sozialkapital, also durch nicht oder kaum vorhandene soziale Beziehungen und ein niedriges Vertrauen, wird der Zusammenhalt einer Gesellschaft erheblich geschwächt und die Demokratie zerbrechlich. Soziale Beziehungen führen zu Interaktionen von Menschen in Vereinen, Organisationen oder bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten, wobei sie sich über Meinungen austauschen können und Interessen entwickeln, die gesellschaftspolitisch relevant sind. Außerdem wird Vertrauen zwischen den beteiligten Personen aufgebaut und Normen für reziprokes Verhalten entstehen und werden gefestigt. Sozialkapital stärkt nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung. So kann es auf der Mikroebene bewirken, dass Arbeits- und Kapitalmärkte sowie Handelsbeziehungen effizienter werden, da private und geschäftliche Netzwerke fehlende Institutionen und Verträge ersetzen und Vertrauen hilft, Kooperationen zu etablieren. Auch auf der Makroebene beeinflusst Sozialkapital das Wirtschaftswachstum im Allgemeinen. Bestehen soziale Beziehungen und auch gegenseitiges Vertrauen, entstehen mehr Investitionen und eine größere Anzahl an Entrepreneuren. Sozialkapital kann also als Investition in soziale Beziehungen gesehen werden, die dann als Ressource genutzt werden und aus denen Nutzen gezogen werden kann. Gerade das Vertrauen könnte sich durch die verschiedenen Regime der früheren BRD und der ehemaligen DDR erheblich unterscheiden und die Erfahrungen eines Überwachungsstaates noch dauerhaft nachwirken. Der Fokus liegt demnach auf Einstellungen und Verhaltensweisen, die das Sozialkapital in Ost- und Westdeutschland beschreiben.

2.1 Freizeit

In diesem Bereich zeichnet sich deutlich eine Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Einige Freizeitaktivitäten, wie musizieren, Sport treiben und Freunde treffen, werden zwar häufiger im Westen als im Osten ausgeübt, jedoch zeigen sich beide Landesteile überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Freizeit. Seit 1990 hat sich die Zufriedenheit Schritt für Schritt angenähert, indem die Zufriedenheit in Ostdeutschland stark über die Zeit zugenommen hat. Auch beim Helfen, wenn bei Freunden, Nachbarn oder Verwandten etwas zu tun ist, ist eine Annäherung von Ost und West zu erkennen. Im Osten war das gegenseitige Unterstützen seit

1990 immer etwas stärker ausgeprägt, der Westen hat jedoch über die Zeit aufgeholt. Eine weitere entstandene Gemeinsamkeit von Ost- und Westdeutschen ist das Sicherheitsempfinden nachts alleine auf der Straße. Während Anfang der 1990er Jahre sich deutlich mehr Ostdeutsche unsicher fühlten, geben im Jahr 2016 in beiden Landesteilen etwa gleich viele (19,2% im Osten und 21,9% im Westen) der Befragten an, dass es Gegenden in ihrer unmittelbaren Nähe gibt, in denen sie sich nachts alleine unsicher fühlen. Erfreulich ist auch, dass das Unsicherheitsgefühl insgesamt stark über die letzten zwei Jahrzehnte abgenommen hat. Die Reziprozitätsvorstellungen waren schon immer sehr ähnlich, daran hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert. Die Selbsteinschätzung zu negativen Reziprozitätseinstellungen, also wie rachesüchtig man beispielsweise ist, geht insgesamt seit 2005 zurück. Am aktuellen Rand sind die der Ostdeutschen nur leicht höher. Die positiven Reziprozitätseinstellungen, etwa jemandem zu helfen, der einem in der Vergangenheit geholfen hat, sind ebenso recht ähnlich.

2.2 Vertrauen und sozialer Zusammenhalt

Beim Vertrauen und Gemeinschaftsgefühl bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Das Vertrauen in Mitmenschen war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Westdeutschland deutlich höher. Bis zum Jahr 2000 konvergierten diesbezüglich beide Landesteile, seitdem herrscht allerdings eine persistente Lücke, wobei das westdeutsche Niveau nach wie vor deutlich über dem ostdeutschen liegt. Positiv zu vermerken ist jedoch, dass die Werte in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf steigen. Deutsche Bürger vertrauen sich folglich heute mehr als in den 1990er Jahren. Aufgrund der Tatsache, dass das Vertrauen in Mitmenschen in Ost und West unterschiedlich stark ausgeprägt ist, gleichzeitig aber ausschlaggebend für einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, verwundert es nicht, dass auch eine deutliche Diskrepanz bei dem Ausmaß der Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu vermerken ist. Hier machen sich im Jahr 2015 25,6% der westdeutschen Bürger und 31,6% der Ostdeutschen große Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ehrenämter werden konstant häufiger in Westdeutschland ausgeübt. Ebenso spenden Westdeutsche häufiger Geld. Bei den Blutspenden ist hingegen kein Unterschied zu konstatieren. Eine weitere Diskrepanz ist deutlich in den Einstellungen gegenüber Ausländern in der Nachbarschaft zu erkennen. Seit Mitte der 1990er Jahre sind diese annähernd gleichbleibend verschieden. Fragt man nach der Einstellung zu einem Italiener oder Türken als Nachbar, geben mehr ostdeutsche Bürger an, dass ihnen das unangenehm wäre. Geht es um Asylbewerber als Nachbarn, unterscheiden sich die Einstellungen bis 2006 nur geringfügig während die Akzeptanz in beiden Landesteilen leicht ansteigt, darauf folgt jedoch eine starke Divergenz. Während im Westen die Akzeptanz von Asylbewerbern als Nachbarn weiter im Zeitverlauf steigt, sinkt diese im Osten. Am aktuellen Rand ist daher ein größerer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland sichtbar als noch in den 1990er Jahren.

2.3 Ursachenanalyse

Die existierenden Unterschiede in der sozialen Sphäre sind zum größten Teil auf die Erfahrungen mit unterschiedlichen Regimen zurückzuführen. Denn wären die Befragten in beiden Landesteilen gleich in ihren spezifischen Merkmalen, bestünden nach wie vor deutliche Einstellungsunterschiede. Nur ein kleiner Teil der Diskrepanz kann auf die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung zurückgeführt werden. Im Osten ist die Bevölkerung, unter anderem stark durch die Abwanderung junger Leute in den Westen verursacht, deutlich älter als im Westen. Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu beobachten, dass Einstellungsunterschiede unter Jüngeren kleiner werden. Es scheint daher eine wichtige Rolle zu spielen, die DDR-Zeit selbst miterlebt zu haben.

2.4 Fazit

In der sozialen Sphäre lässt sich festhalten, dass sich die Bürger der ehemaligen DDR und der damals existierenden BRD in vielen Aspekten seit der Wiedervereinigung angeglichen haben. So ähneln sie sich beispielsweise beide sehr in ihren Freizeitaktivitäten und ihrer Zufriedenheit damit und weisen ähnliche Normvorstellungen auf. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, da durch Freizeitaktivitäten Kontakt mit Mitmenschen entsteht, der dem gesellschaftlichen Zusammenhalt förderlich ist und zur Folge hat, dass unter anderem politische Ansichten und Erfahrungen ausgetauscht werden und Beteiligte die Gelegenheit bekommen, diese gegebenenfalls zu reflektieren und Interessen zu entwickeln. Etwa für ein Ehrenamt oder auch das politische Geschehen, das beides in einer gut funktionierenden Demokratie unabkömmlich ist. Als problematisch sind jedoch die Entwicklungen im Bereich Vertrauen und sozialer Zusammenhalt anzusehen. So bestehen persistente Ost- Westunterschiede in Kernelementen von Sozialkapital, dem Vertrauen in Mitmenschen und dem ehrenamtlichen Engagement. Die entscheidende Frage ist, ob sich das Misstrauen in Ostdeutschland als Nachwirkung des sozialistischen Systems abschwächen wird und so eine Angleichung an den Westen stattfinden kann. Aufgrund der Beobachtung, dass unter jüngeren Befragten geringere Vertrauensunterschiede festzustellen sind, ist eine positive Entwicklung anzunehmen.

3 Politische Sphäre

Die Wiedervereinigung brachte sowohl für die Einwohner der damals existierenden kommunistischen DDR als auch der ehemaligen freiheitlich demokratischen BRD erhebliche Veränderungen in der Politik mit sich. Während Ostdeutsche bei der gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 nach knapp vier Jahrzehnten erstmals wieder an einer Parlamentswahl teilnehmen und zwischen verschiedenen Parteien wählen konnten, hat sich das Parteispektrum auch für die westdeutschen Bürger um die Linke (damals PDS) erweitert. Dass

sich politische Einstellungen der Bürger der beiden Landesteile zum damaligen Zeitpunkt unterschieden haben und auch die politische Beteiligung jeweils anders ausfiel, liegt auf der Hand. Interessant ist jedoch die Frage, inwieweit sich dies in den letzten Jahren verändert hat. Denn das Funktionieren einer Demokratie ist nicht alleine mit dem Errichten entsprechender staatlicher Institutionen garantiert. Viel mehr ist das Interesse und Engagement der Bürger eines Landes unabdingbar. Damit allerdings politische Entscheidungen von ihnen akzeptiert und mitgetragen werden, müssen diese als wichtig erachtet werden. Vor allem das Vertrauen in die Politiker und Institutionen ist hierzu notwendig sowie eine allgemeine Zufriedenheit mit der Politik und ihrer Staatsform. Auch bedarf es eines Verständnisses politischer Prozesse, um sich selbst politisch zu beteiligen. Im Folgenden werden daher politische Einstellungen sowie damit verbundene Verhaltensweisen, wie etwa das Wahlverhalten oder politisch motivierte Kriminalität, beleuchtet.

3.1 Politisches Interesse und politische Einstellungen

Beide Landesteile haben sich bezüglich politischer Auffassungen und Interessen in vielen Punkten bereits angeglichen oder befinden sich auf dem Weg dorthin, auch wenn noch einige Unterschiede festzustellen sind. Fragt man nach der eigenen Einschätzung des politischen Interesses, ist eine Konvergenz von Ost- und Westdeutschland zu erkennen. Seit 2010 befindet sich die subjektive Selbsteinschätzung von Ost und West auf einem annähernd gleichen Niveau. Zudem ist insgesamt das politische Interesse in Deutschland seit 2012 angestiegen. Westdeutsche ordnen sich auf der Parteienskala (links-rechts) weiter rechts ein als Ostdeutsche, wobei jedoch der Abstand über die Jahre kleiner geworden ist. Die leichte Konvergenz rührt daher, dass der Anteil der Westdeutschen, der sich weit rechts eingestuft hat, in den letzten 10 Jahren um die Hälfte gesunken ist.

Bezüglich der Parteipräferenzen erfreuen sich CDU, SPD und FDP in beiden Landesteilen gleicher Beliebtheit. Die Grünen erfahren jedoch konstant mehr Zuspruch im Westen und die Linke mehr im Osten. Dies ist nicht verwunderlich vor dem Hintergrund, dass die Grünen in der Bonner Republik gegründet wurden und die Linke aus der PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) entstand. Der Abstand reduziert sich auch nur minimal über die Zeit. Von größerer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, dass Westdeutsche relativ gesehen konstant häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als Ostdeutsche. Die Ost-West Lücke wurde erst in den beiden letzten Bundestagswahlen etwas kleiner.

3.2 Zufriedenheit, Vertrauen und Stolz

In diesen Aspekten unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche zum Teil, wobei jedoch auch marginale Konvergenzen auftreten. Fragt man nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, zeigen sich Westdeutsche mit 70% eher zufrieden, während Ostdeutsche nur zu 54% aussagen, dass sie zufrieden seien. Die Aussagen konvergieren in den letzten Jahren

geringfügig. Auch mit der Zufriedenheit der Arbeit der Bundesregierung sind die Bürger in Westdeutschland durchgehend zufriedener. Bedeutsam sind auch die folgenden zwei Sachverhalte. Zum einen denken Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche, dass sich Politiker nicht für einfache Leute interessieren und zum anderen ist das Vertrauen der Bürger im Osten in deutsche politische und rechtliche Institutionen geringer. Die Entwicklungen bei den Stolzinstellungen sind dagegen erfreulicher. Westdeutsche sind eher stolz auf institutionelle Errungenschaften, wie das Grundgesetz, während Ostdeutsche Stolz mehr in Verbindung mit menschlichen Leistungen, etwa im Sport oder in der Wissenschaft, bringen. Doch die Ost-West Lücke hat sich mittlerweile beim Stolz auf staatliche Leistungen verkleinert und beim Stolz auf wirtschaftlichen Erfolg sogar wieder geschlossen.

3.3 Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich viel getan in Deutschland. Die Toleranz von Ausländern in Deutschland ist gestiegen und auch die Einstellungen zu ihnen sind zunehmend offener geworden. Vereinzelt haben sich Ost- und Westdeutschland in diesen Punkten auch angeglichen. Es bestehen allerdings auch noch Diskrepanzen in einigen Einstellungen.

So sind mehr Ostdeutsche als Westdeutsche davon überzeugt, dass Ausländer besser unter sich heiraten sollten, bei Arbeitsplatzknappheit wieder in das Herkunftsland geschickt werden sollten, oder auch, dass für eine Einbürgerung die Fähigkeit den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten Voraussetzung sein sollte. Auch was die generelle Aufnahme von Ausländern betrifft, sind mehr Befragte im Osten als im Westen der Auffassung, dass Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden seltener der Zuzug erlaubt werden sollte. Sie würden zudem Ausländern seltener die gleichen Sozialleistungen zugestehen. Mit Blick auf den Islam sprechen sich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche für eine Einschränkung der Religionsfreiheit aus. Fast eine logische Folge aus den gerade genannten Einstellungsunterschieden ist, dass im Osten zuwanderungsablehnende Organisationen und Parteien mehr Menschen mobilisieren als im Westen. So erhält die Pegida in Ostdeutschland mehr Zuspruch als in Westdeutschland (13,9% der westdeutschen Befragten sind eher positiv zur Pegida eingestellt, während dies 28,3% der Befragten im Osten sind). Auch erhielt die AfD in der letzten Bundestagswahl doppelt so viele Stimmen im Osten als im Westen. Eine herausragende Beobachtung besteht darin, dass ostdeutsche Bürger öfter einen Zusammenhang zwischen Ausländern und Kriminalität herstellen und sie zusätzlich als Belastung für das soziale Netz sehen. Dies lenkt den Blick auf rechtsextremistisch motivierte und antisemitische Straf- und Gewalttaten. Diese sind relativ zur Einwohneranzahl im Osten höher.

3.4 Ursachenanalyse

Die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung in Ost- und Westdeutschland kann teilweise einige in dieser Sphäre beobachteten Unterschiede erklären. Analysiert man die rechts-links Einordnung in der jüngeren Bevölkerungsgruppe finden sich am aktuellen Rand keine Unterschiede mehr. Auch beim ausschließlichen Betrachten der erwerbstätigen Personen verschwindet der Ost-West Unterschied. Des Weiteren ist die negative Wahrnehmung von Politikern ähnlich in ganz Deutschland ausgeprägt, wenn nur die Gruppe mit Fachabitur/Abitur betrachtet wird oder Personen mit engem Kontakt zu Ausländern. Bei den Stolleinstellungen kann dagegen nur von persistenten Effekten der Sozialisation in der DDR gesprochen werden. Denn selbst unter den Jüngeren der Befragten bestehen große Unterschiede. Dies lässt darauf schließen, dass die entsprechenden Werte an die nächste Generation weitergegeben werden.

Merkmale der jeweiligen Bevölkerung wie Alter, Migrationshintergrund, Bildungsgrad, Familienstand, und wirtschaftliche Lage können die Einstellungsunterschiede gegenüber Ausländern in Ost und West nicht vollständig erklären. Die demographische Entwicklung sowie der niedrigere Ausländeranteil in Ostdeutschland zeigen sich aber in vielen Fällen als mit verantwortlich für die unterschiedlichen Meinungen. So werden bei den meisten Einstellungsfragen die Ansichten ähnlicher, wenn in allen Regionen Deutschlands dieselbe Altersstruktur vorherrschen würde. Einstellungen, die Ausländer mit höherer Kriminalität in Verbindung bringen, sie als Belastung für das soziale Netz sehen und die wirtschaftlich begründete Ausweisungen von Ausländern begrüßen, sind zudem auf unterschiedlich hohe Ausländeranteile zurückzuführen. Der niedrigere Ausländeranteil im Osten bedeutet für die Einheimischen weniger Möglichkeiten für persönliche Erfahrungen mit Ausländern. Bei vielen Einstellungen zu Ausländern ergeben sich jedoch Ost-West-Unterschiede, die nur auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in der DDR und der BRD zurückgeführt werden können. Etwa die verschiedenen Ansichten zur Religionsfreiheit, zu gleichen Sozialleistungen für In- und Ausländer oder die Einstellungen zum Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden.

3.5 Fazit

In der politischen Sphäre haben sich viele Einstellungen von Ost- und Westdeutschen seit der Wiedervereinigung angenähert oder gar angeglichen. Vor allem das politische Interesse der beiden Landesteile konvergierte. Dies ist ein gutes Zeichen für eine funktionierende Demokratie, die auf politisch engagierte Bürger angewiesen ist. Stolzempfinden ist ein guter Indikator für die Verbundenheit der Bürger mit Land und Leuten. Sowohl im Osten als auch im Westen sind die Befragten stolz auf ihr Gemeinwesen. Besonders erfreulich ist, dass Ost- und Westdeutsche mittlerweile (wieder) gleich stolz auf den deutschen wirtschaftlichen Erfolg sind. In einer Demokratie sind unterschiedliche Parteipräferenzen Teil des Systems und generell nicht als problematisch zu sehen. Für repräsentative Demokratien ist es jedoch essentiell, dass Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in ihre politischen Institutionen haben und bei Wahlen ihre Stim-

me abgeben. Bedenklich in diesem Zusammenhang ist, dass ersteres bei Ostdeutschen weniger ausgeprägt ist und diese auch seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Auch Präferenzen für rechts eingeordnete Parteien können unter anderem dann zum Problem werden, wenn es beispielsweise um Deutschland als Einwanderungsland geht. Denn die Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern und deren Zuwanderung sind für die Stabilität der Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland von großer Bedeutung. Festzuhalten ist, dass deutliche Anteile in sowohl Ost- als auch Westdeutschland positiver gegenüber Ausländern gestimmt sind als noch vor 20 Jahren. Allerdings sind auch einige kritische Meinungen zu finden und teils erhebliche Ost-Westunterschiede in ihren Ansichten zu Ausländern zu konstatieren. Hierbei fällt das ostdeutsche Empfinden negativer aus als das der Westdeutschen. Der Anstieg in fremdenfeindlichen Positionen in den Jahren 2014 und 2015, insbesondere in Ostdeutschland, ist bedenklich. Bei vielen Einstellungen deutet sich darüber hinaus auch nicht an, dass eine Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland zu erwarten ist.

4 Ökonomische Sphäre

Ostdeutschland hat sich nach der Wende rasch entwickelt. Im Zeitraum 1991 bis 2014 hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigem mehr als verdoppelt, die verfügbaren Einkommen sind beträchtlich gestiegen, und auch die Situation am Arbeitsmarkt hat sich nach einer hohen Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung kontinuierlich entspannt. Allerdings kann aus ökonomischer Sicht nicht von einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten an die im Westen gesprochen werden. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stagniert der Aufholprozess und es besteht eine konstante Ost-West Lücke beim BIP pro Kopf, das heute im Osten 70% des westdeutschen Durchschnittswertes beträgt. In der ökonomischen Sphäre werden aber nicht wirtschaftliche Indikatoren, wie das BIP oder Arbeitsmarktfaktoren, untersucht, sondern es rücken ökonomische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland in den Fokus. Diese sind vor allem aus zwei Gründen relevant. Erstens begründen Erwartungen und Einschätzungen ökonomische Entscheidungen. Optimistische Bürger werden vermutlich mehr konsumieren und auch investieren, während pessimistische eher sparen, um sich auf schlechtere Zeiten vorzubereiten. Zudem haben diese Entscheidungen auf der Makroebene wiederum Einfluss auf gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Angebot. Das heißt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist stark abhängig von den Einstellungen der Bevölkerung, die gleichzeitig Konsument und Entscheidungsträger ist. Zweitens haben ökonomische Ansichten auch Auswirkungen auf nicht-ökonomische Bereiche. So zeigt sich oft, dass in Regionen, die als wirtschaftlich schwach gekennzeichnet sind, häufig soziale und gesellschaftliche Probleme vorherrschen. Daher bestehen die Untersuchungsgegenstände dieser Sphäre aus der Bewertung ökonomischer Lebensbedingungen und der Lebenszufriedenheit, Ansichten zu Gerechtigkeit und Ungleichheit in Deutschland, sowie aus Risikopräferenzen.

4.1 Beurteilung der (eigenen) wirtschaftlichen Lage

Hier ist eine deutliche Konvergenz sichtbar. Die Wirtschaftslage Deutschlands wird von Ost- und Westdeutschen seit den 1990er Jahren sehr ähnlich eingeschätzt. Gleich steht es mit der Beurteilung der persönlichen Wirtschaftslage. Fragt man nach den Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, antworten die Befragten im Jahr 2015 in etwa gleich. Das Ausmaß der Sorgen hat sich über die Jahre angeglichen und befindet sich nun auf dem bisher niedrigsten Wert. Rückläufig zeigen sich ebenso die Sorgen um die persönliche Wirtschaftslage und um den eigenen Arbeitsplatz, jedoch liegen diese im Osten noch immer etwas höher. Ost- und Westdeutsche schätzen sich ähnlich risikobereit ein. Das gilt für die berufliche Karriere und Geldanlagen, aber auch für ihre allgemeine Risikobereitschaft. Zudem geben beide eine gleich niedrige Wahrscheinlichkeit an sich in den nächsten zwei Jahren selbstständig zu machen.

4.2 Zufriedenheit

Im Westen sind die Bürger durchgängig zufriedener mit ihrem verfügbaren Einkommen, ihrer Arbeit und auch allgemein mit ihrem Leben. Allerdings holt der Osten leicht auf, sodass man von einer leichten Konvergenz sprechen kann.

4.3 Subjektive Schichteinstufung

Mittlerweile sind 50% der Befragten in beiden Landesteilen der Ansicht, dass Rangunterschiede in der Gesellschaft grundsätzlich akzeptabel sind, da sie widerspiegeln, ob man etwas aus seinen Chancen gemacht hat. Obwohl im Osten sich seit der Wiedervereinigung kontinuierlich weniger Menschen zur Arbeiterschicht zählen und das Zugehörigkeitsgefühl zur Mittelschicht angestiegen ist, nähern sich Ost- und Westdeutsche nur langsam in ihrer subjektiven Schichteinstufung an. Mehr Westdeutsche als Ostdeutsche ordnen sich der mittleren und oberen Gesellschaftsschicht zu, während mehr Ostdeutsche als Westdeutsche sich zu der Arbeiterschicht zählen. Im Jahr 2016 zählen sich 83% der Westdeutschen und 88% der Ostdeutschen zur Arbeiter- bzw. Mittelschicht. Im Westen gehören 15% nach eigener Auffassung zur oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht, während es weniger als halb so viele im Osten sind.

4.4 Umverteilung und Sozialstaat

Sind soziale Unterschiede gerecht? Dies bejahen weniger Ostdeutsche als Westdeutsche, wobei jedoch eine langsame Annäherung über die Jahre deutlich wird. Eng damit verbunden ist die Tendenz von Ostdeutschen eher die Meinung zu vertreten, dass Sozialleistungen ausgeweitet werden sollten und der Staat dafür verantwortlich ist, dass jeder bei Not und Arbeitslosigkeit ein gutes Auskommen hat. In diesen Ansichten konvergieren Ost- und Westdeutsche, da auch im Westen der Anspruch steigt. Eine konstante Ost-West Lücke besteht allerdings bei der Befürwortung eines Eingreifens des Staates zum Abbau von Einkommensunterschieden. Diese ist

persistent größer im Gebiet der ehemaligen DDR. Allerdings teilen, nach großen Unterschieden in den 1990er und 2000er Jahren, 50% der Befragten beider Landesteile die Auffassung, dass erst größere Einkommensunterschiede und Unterschiede im sozialen Ansehen Anreize für persönliche Leistungen setzen. Ostdeutsche schlossen zudem zum Westen auf, indem sie nun ähnliche Ansichten zu negativen Konsequenzen des Sozialstaates für die individuelle Arbeitsbereitschaft haben.

4.5 Ökonomische Verteilungsgerechtigkeit und Bildungschancen

Das Empfinden darüber, ob man im Vergleich zu anderen seinen gerechten Anteil erhält oder ob der eigene Lebensstandard gerecht ist, ist im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Die Ost-West Differenz wird jedoch langsam kleiner. Etwas mehr Westdeutsche haben die Einstellung, dass das was man im Leben erreicht auch vor allem von Schicksal und Glück abhängig ist. Die Befragten beider Landesteile sind sich hingegen einig, dass man für Erfolg hart arbeiten muss. Für den beruflichen Erfolg auch ausschlaggebend sind die Bildungschancen. Bei der Überzeugung von der Existenz gleicher Bildungschancen hat eine starke Annäherung die letzten Jahre stattgefunden. Im Osten glaubt nun fast die Hälfte daran, im Westen sind es 60%.

4.6 Ursachenanalyse

Um die eigene wirtschaftliche Situation machen sich immer noch mehr Ostdeutsche als Westdeutsche Sorgen. Dies scheint jedoch vom Einkommen abhängig zu sein. Betrachtet man in Ost und West ausschließlich die Bevölkerungsgruppe mit einem Haushaltseinkommen unter dem Median, zeigt sich, dass das Ausmaß der Sorgen in beiden Landesteilen gleich hoch ist. Die bestehenden Ost-West Unterschiede in der Lebenszufriedenheit sind teils auf die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung zurückzuführen. Denn junge, erwerbstätige Personen mit einem hohen Bildungsabschluss ähneln einander mehr in ihrer Zufriedenheit. Jedoch lässt sich die Ost-West Diskrepanz nicht vollständig erklären. Ostdeutsche zählen sich tendenziell auch öfter zu einer niedrigeren Gesellschaftsschicht als Westdeutsche. Dieser Unterschied ist vor allem bei Befragten zu finden, die höchstens einen mittleren Schulabschluss haben. Soziale Unterschiede werden zudem von mehr Ostdeutschen als ungerecht wahrgenommen. Auch hier ist ein Teil des Einstellungsunterschieds eine Folge der ungünstigeren Bevölkerungszusammensetzung im Osten. Ost-West Unterschiede sind bei über 65-Jährigen mit niedrigem Schulabschluss sowie bei Nicht-Erwerbstätigen besonders ausgeprägt. Im Bereich Verteilungsgerechtigkeit und Bildungschancen sind die Unterschiede in allen Bevölkerungsgruppen zu finden, jedoch schreibt sich hier die Tendenz fort, dass sich vermehrt ältere Bürger und Nicht-Erwerbstätige beider Landesteile unterscheiden. Ob Erfolg abhängig ist vom Glück, sehen die Ost- und Westdeutschen größtenteils aufgrund ihrer unterschiedlichen historischen Erfahrungen unterschiedlich.

4.7 Fazit

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Ost- und Westdeutsche mittlerweile die allgemeine aber auch persönliche wirtschaftliche Situation gleich einschätzen und sich auch ihre Sorgen diesbezüglich angenähert haben. Zudem sind sie sich sehr ähnlich in ihren Risikopräferenzen. Ökonomische Studien zeigen, dass diese eine entscheidende Rolle für menschliches Entscheidungsverhalten spielen. Ein gewisses Maß an Risiko kann für die Wirtschaft produktiv sein, da sich risikofreudige Personen unter anderem eher selbstständig machen und mobiler sind. Eine zu hohe Risikobereitschaft kann allerdings für die Person selbst und für die Gesellschaft schädlich sein, etwa risikobehaftete Investments bei der Altersvorsorge. Geht es um Ansichten zu Gerechtigkeit, Umverteilung und Sozialstaat haben sich die Befragten in Ost und West in vielen Aspekten über die Jahre aufeinander zubewegt, wobei es bei einigen Einstellungsfragen noch dauern dürfte, bis von einer vollständigen Konvergenz gesprochen werden kann. Hervorzuheben ist hier, dass sich erfreulicherweise Ost- und Westdeutsche in ihrem Glauben an gleiche Bildungschancen in Deutschland deutlich angenähert haben und sich seit der Wende sukzessive mehr Ostdeutsche zur Mittelschicht zählen und weniger zur Arbeiterschicht. Ost-West Diskrepanzen hingegen sind bei den Themen Verteilungsgerechtigkeit und Zufriedenheit zu deklarieren. So ist das Empfinden darüber, ob der eigene Lebensstandard gerecht ist, im Osten geringer. Ebenso ist die geäußerte Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen niedriger. Fehlen ein Gerechtigkeitsempfinden und eine allgemeine Zufriedenheit, kann dies in einer Gesellschaft zu sozialen Problemen führen und sich auch anhand von Parteipräferenzen bei Wahlen zeigen.

5 Familiäre Sphäre

In einer Gesellschaft haben Frauen und Männer Rollen, die stark variieren und sich auch verändern können. Nicht selten werden Tätigkeiten kategorisiert und nach "typischen Frauenaufgaben" und "typischen Männeraufgaben" unterschieden. Diese Kategorisierungen können über viele Generationen bestehen bleiben, durch verschiedene Einflüsse sich aber ebenso schnell wandeln. Auch politische Regime können Rollenbilder prägen und verändern (Bauernschuster und Rainer 2012). Geschlechtsspezifische Tätigkeitszuschreibungen und das daraus resultierende Verhalten betrifft nicht nur das direkte Umfeld der jeweils handelnden Person, sondern die gesamte Gesellschaft und Wirtschaft. Denn nicht zuletzt bestimmen Rollenzuschreibungen, ob und in welchem Umfang Frauen am Arbeitsmarkt partizipieren und so auch die Wirtschaftskraft eines Landes gestärkt werden kann. Die verschiedenen politischen Regime in Ost- und Westdeutschland hatten einen erheblichen Einfluss auf die Formung des Familienbildes. Während im Westen ein konservatives Familienbild Grundlage für familienpolitische Maßnahmen war, wurde im Osten die Gleichstellung der Geschlechter propagiert und die Familienpolitik darauf abgestimmt. Bis heute bestehen Einstellungsunterschiede bei den Themen Geschlech-

terrollen, Arbeitsteilung und Bedeutung der Familie aufgrund der unterschiedlichen politischen Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland.

5.1 Rollenbilder und Berufstätigkeit

Geht es um die Einstellungen zu den verschiedenen Rollen von Frau und Mann und um ihre Berufstätigkeit, zeichnen sich im Zeitverlauf Konvergenzen ab, indem die Westdeutschen zu den mehr egalitär eingestellten Ostdeutschen aufholen, auch wenn teils (noch) erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen. Das traditionelle Modell, in dem der Mann arbeitet und die Frau für den Haushalt und die Kinder zuständig ist, findet im Westen weitaus mehr Anklang. Eine leichte Konvergenz ist jedoch zu erkennen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist auch, dass die aktuelle Ost-West Differenz die geringste seit 1991 ist. Eine stärkere Konvergenz macht sich bei den allgemeinen Ansichten zur Berufstätigkeit einer Frau bemerkbar. Etwa nimmt die Zustimmung zur Aussage, dass die Frau den Arbeitsplatz aufgeben sollte, wenn Arbeitsplatzknappheit vorherrscht und der Mann gut verdient, sowohl bei Ost- als auch bei Westdeutschen stetig ab. Bei der Meinung, dass die Karriere des Mannes wichtiger ist als die der Frau besteht mittlerweile nach größeren Unterschieden in der Vergangenheit keine Ost-West Lücke mehr. Auch ist eine sinkende Zustimmungstendenz diesbezüglich über die Jahre erkennbar. Beim Thema Berufstätigkeit der Frau findet also eine Annäherung der Ansichten im Westen an die im Osten statt und die positiven Einstellungen steigen insgesamt im Zeitverlauf. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Einstellungen zu berufstätigen Müttern. Aktuell stimmen mehr Befragte als noch 1990 zu, dass berufstätige Mütter ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine nicht-berufstätige Mutter. Des Weiteren hat sich der Ost-West Unterschied halbiert, indem sich der Westen an den Osten angenähert hat. Im Jahr 2016 stimmten 85,9% der Westdeutschen und 92,5% der Ostdeutschen voll oder eher zu. Eine leichte Annäherung ist auch bei der Meinung, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leidet, zu finden. Allerdings besteht am aktuellen Rand noch ein großer Unterschied zwischen der Auffassung der Befragten aus der ehemaligen DDR (26% Zustimmung) und der damals existierenden BRD (44% Zustimmung) in diesem Punkt. Bedeutend ist, dass die Bewertung von berufstätigen Vätern in beiden Landesteilen weitaus positiver ausfällt. So findet die Aussage, dass sich ein in Vollzeit erwerbstätiger Vater ausreichend um sein Kind kümmern kann und ein inniges Verhältnis zu seinem Kleinkind haben kann von einer großen Mehrheit Zustimmung. Diese ist noch höher im Osten.

5.2 Häusliche Aufgabenteilung

Hier gab es entweder nie Unterschiede oder es existieren nach wie vor große. Typische Haushaltsaufgaben, wie putzen, waschen, kochen, und Reparaturarbeiten werden schon immer ähnlich zwischen Mann und Frau in Ost- und Westdeutschland aufgeteilt. Auch wenn die Beteiligung der Männer im Haushalt über die Zeit steigt, sind überwiegend die Frauen in der Verantwortung, während Männer vor allem Reparaturarbeiten übernehmen. Anzumerken ist

hier, dass Mütter mit Kindern unter 16 im Osten durchschnittlich 9 Stunden pro Woche mehr arbeiten als im Westen. Die Erwerbstätigkeit ist also im Osten egalitärer gestaltet, während die Verteilung der Haushaltsaufgaben noch recht konservativ ist.

Signifikante Ost-West Unterschiede gibt es jedoch, wenn man nach der Arbeitsteilung bei der Betreuung der eigenen Kinder fragt. So werden beispielsweise die Hausaufgaben viel häufiger von westdeutschen als von ostdeutschen Frauen betreut. Das Zubettbringen ist hingegen eine Aufgabe, die von beiden Elternteilen gleichermaßen übernommen wird.

5.3 Stellenwert der Ehe und Familie

Befragt man die deutschen Bürger zu Heirat und Familienleben, bestehen, wenn überhaupt, nur kleine Unterschiede und oftmals konvergieren die Einstellungen. Bei den Meinungen zur Aussage, dass man bei einer andauernden Partnerschaft heiraten sollte, hat es nie Unterschiede gegeben. Die Ansicht, dass Eltern heiraten sollten, wird im Zeitverlauf in beiden Landesteilen immer weniger vertreten. Auch findet hier eine Annäherung der Westwerte an die niedrigeren Zustimmungswerte im Osten statt. Der umgekehrte Fall trifft bei der Meinung, dass Familie eine Voraussetzung für Glück ist, zu. Hier gleichen sich die Ostwerte mit der Zeit den niedrigeren Zustimmungswerten im Westen an. Mit dem Familienleben sind Ost- und Westdeutsche ähnlich zufrieden und auch eine Mehrheit beider vertritt die Einstellung, dass es verantwortbar ist Kinder zur Welt zu bringen. Westdeutsche zeigen sich etwas zufriedener und positiver (75,9%) zu Kindern gestimmt als Ostdeutsche (63,7%), die Gesamtwerte sind jedoch so positiv wie nie zuvor.

5.4 Ursachenanalyse

Die Unterschiede bei der Aufgeschlossenheit zur Erwerbstätigkeit von Frauen finden sich in allen Bevölkerungsgruppen wieder, sodass von einer eindeutigen Prägung der verschiedenen politischen Regime gesprochen werden kann. Die Meinung, dass eine Frau den Arbeitsplatz aufgeben sollte, wenn Arbeitsplatzknappheit herrscht, vertreten annähernd gleich viele Befragte in Ost und West unter den Jüngeren und jenen mit höherem Bildungsabschluss. Auch schließt sich die Ost-West Lücke bei der Frage, ob eine berufstätige Mutter ein inniges Verhältnis mit ihrem Kind haben kann bei jungen Ost- und Westdeutschen. Die Unterschiede bei der Ansicht, ob die Berufstätigkeit einer Mutter dem Kind schadet, sind ebenso am geringsten unter jungen Befragten ausgeprägt. Die Meinungen zur Heirat für Eltern gehen am stärksten bei Bürgern mit höherer Bildung und bei den über 65-Jährigen auseinander. Besonders geringe Unterschiede findet man bezüglich der Zufriedenheit mit der Familie in Regionen mit überdurchschnittlich vielen jungen Einwohnern. Des Weiteren ähneln sich Höhergebildete sehr in ihrer Einstellung zu der Verantwortbarkeit von Kinderkriegen.

5.5 Fazit

In der familialen Sphäre ist eine eindeutige Entwicklung zu erkennen: Die Deutschen entwickeln sich in beiden Landesteilen hin zu einer offeneren und egalitär eingestellten Gesellschaft. Die Ostdeutschen sind jedoch den Westdeutschen in vielen Punkten voraus. Eine Annäherung findet zwar statt, allerdings führt diese oftmals nur zu kleineren Konvergenzen. Grund hierfür ist, dass sich die westdeutschen Werte zwar in Richtung der ostdeutschen Werte bewegen, die Ostdeutschen sich aber gleichzeitig auch weiterentwickeln. Daher sind in mehreren Aspekten persistente Ost-West Unterschiede zu finden. Vor allem im Bereich Rollenbilder, Berufstätigkeit und Aufgabenteilung existieren größere Diskrepanzen. Eine komplette Angleichung der Einstellungen findet nur in sehr wenigen Fällen statt. Auffällig ist jedoch, dass die meisten Einstellungsunterschiede innerhalb der jüngeren Bevölkerungsgruppe schwinden. Und auch obwohl die mütterliche Erwerbstätigkeit noch immer sehr unterschiedlich in Ost und West bewertet wird, haben sich die tatsächlichen Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern im Alter von unter 15 Jahren im Zeitverlauf ab 2005 angenähert. Der Arbeitsumfang ist dennoch deutlich höher im Osten, womit diesbezüglich weiterhin ein Ost-West Unterschied besteht. Mütter von Kindern unter 16 Jahren arbeiten durchschnittlich 9 Stunden in der Woche länger im Osten als im Westen.

6 Zusammenfassung: Wächst zusammen, was zusammen gehört?

Nach 27 Jahren Wiedervereinigung stellt sich unweigerlich die Frage, ob die Mauer weiterhin in den Köpfen der Ost- und Westdeutschen existiert oder aber ihre Einstellungen zusammenwachsen. Die Untersuchungen dieser Studie zeigen, dass in vielen Teilbereichen tatsächlich über die Zeit zusammen wächst, was zusammen gehört, auch wenn der Annäherungsprozess noch nicht immer abgeschlossen ist. Divergenzen, sich auseinander entwickelnde Auffassungen, in Ost- und Westdeutschland sind hingegen nur in sehr wenigen Fällen zu konstatieren. Um diese Frage jedoch eingehender beantworten zu können, müssen die Entwicklungen in allen relevanten Lebensbereichen betrachtet werden. In der sozialen Sphäre lässt sich festhalten, dass sich das Sozialkapital beider Landesteile in einigen Punkten angenähert hat. So ähneln sich beispielsweise Ost- und Westdeutsche sehr in ihren Freizeitaktivitäten und ihrer Zufriedenheit damit und weisen ähnliche Normvorstellungen auf. Auch vom politischen Standpunkt aus kann von angenäherten Einstellungen gesprochen werden. Das politische Interesse in beiden Landesteilen konvergiert stark. Allerdings sind die Entwicklungen hier im Teilbereich "Deutschland als Einwanderungsland" kritisch zu sehen. Zwar wird Deutschland gesamt im Zeitverlauf deutlich offener gegenüber Zuwanderung, doch die Ost-Westunterschiede in den Ansichten zu Ausländern sind erheblich. Hierbei fällt das ostdeutsche Empfinden negativer aus als das der Westdeutschen und es müssen Bedenken angesichts des Anstiegs der fremdenfeindlichen Auffassungen

insbesondere in Ostdeutschland geäußert werden. Die politisch motivierte Kriminalität ist insgesamt von 2014 auf 2015 gestiegen und relativ in Ostdeutschland höher. Die gleiche Problematik zeigt sich in einem Teil des ökonomischen Bereichs, der Verteilungsgerechtigkeit. Hier sind noch deutliche Ost-West Unterschiede vorhanden. Etwa empfinden ostdeutsche Befragte häufiger ihren Lebensstandard im Vergleich zu anderen als nicht gerecht. Doch die beiden Landesteile haben sich auch in vielen Fragen zum Sozialstaat und Umverteilung und in einigen Aspekten der Gerechtigkeit und Ungleichheit angenähert. Bis zu einer vollständigen Angleichung dürfte allerdings noch etwas Geduld nötig sein. In der familialen Sphäre sind die Ost- und Westdeutschen auf einem guten Weg zur Konvergenz im Familienbild. Das egalitäre Denken setzt sich - vor allem in den jüngeren Kohorten - immer mehr durch, wobei sich die Westdeutschen an die Werte der Ostdeutschen annähern. Als Gesamtfazit lässt sich festhalten, dass sich das westdeutsche System, die soziale Marktwirtschaft, in ganz Deutschland immer weiter verankert und angenommen wird. Einstellungsannäherungen geschehen manchmal durch eine Annäherung der Westwerte an die Ostwerte, wie bei den Einstellungen zum Familienbild, oft jedoch auch andersherum, indem sich die Ostdeutschen am Westen orientieren. So hat beispielsweise die Furcht vor Arbeitsplatzverlust im Osten über die Zeit stark abgenommen. Als Hauptmuster ist zu erkennen, dass sich in den meisten Bereichen die Ost-West- Unterschiede unter jüngeren Befragten reduzieren, teilweise sogar stark. Die Erfahrungen mit zwei unterschiedlichen politischen Systemen in den beiden Landesteilen sind allerdings fast in allen Einstellungsfragen bemerkbar. Jüngere Generationen werden also nach wie vor in ihrem Familienkreis geprägt, ihre Werte und Auffassungen werden aber ähnlicher. Mögliche Maßnahmen für das Zusammenwachsen der Bereiche mit noch bestehenden Ost-West Unterschieden gilt es für die weitere Ost-West Forschung zu adressieren.